

CDU / FDP
Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Recklinghausen



Stadt Recklinghausen - Bürgermeister - 12/Sep. 2019			

Herrn
Bürgermeister
Christoph Tesche

- im Hause -

Ihr Zeichen

Unser Zeichen
haj-fr-sch-ra

Datum
23.07.2019

Antrag zur Überplanung der Straße „Hansering“ in Stuckenbusch

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir bitten Sie, den nachstehenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen:

Der Rat der Stadt Recklinghausen beauftragt die Verwaltung, die Straße „Hansering“, im Zuge des anstehenden Endausbaus im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten, zu überplanen und für die Nutzung der gesamten Verkehrsfläche eine Neukonzipierung, unter Aufhebung der Gestaltungssatzung, vorzusehen. Dabei sind die Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger in angemessener Form zu berücksichtigen. Erarbeitet werden soll ein Verkehrskonzept mit Aussagen zu dessen tiefbautechnischer und auch planungsrechtlicher Umsetzung. Daneben möge die Verwaltung prüfen, in welchem Umfang Mittel im Haushaltsjahr 2020 für die Durchführung dieses Programmes vorzusehen sind.

Begründung:

Im Jahr 2015 wurde das sog. Wikimap-Verfahren für Stuckenbusch durchgeführt. Eine hohe Anzahl an Beiträgen hat es dabei zum Thema Verkehr und Verkehrsführung gegeben, insbesondere auch im Bereich des Hanserings.

Durch die aktuelle Klimadebatte zeichnet sich jedoch mittlerweile ein Umdenken auch hinsichtlich der Verkehrsplanung ab. Auch anderen Verkehrsteilnehmern, wie Fußgängern und Radfahrern soll künftig mehr Raum zur Verfügung gestellt und die vorhandene Verkehrsfläche neu aufgeteilt werden. Damit könnte das bestehende Konzept von vor über 30 Jahren erneut aufgegriffen und unter aktuellen Gesichtspunkten realisiert werden. Zudem verursachen vergleichsweise enge Bebauung in diesem Bereich, nicht endausgebaute Straßen mit weiterhin provisorischem Charakter und teilweise nicht hergestellten Wegebeziehungen in Form von Bürgersteigen und Fußwegen sowie Beleuchtung mittlerweile erhebliche Probleme.

Eine Überplanung im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten und ggf. einer Umnutzung vorhandener Flächen auch ggf. unter Verzicht auf die bestehende Gestaltungssatzung, könnte die Situation erheblich entschärfen und verbessern. Durch die damit erreichte Anpassung an die vorhandenen Bedarfe kann eine qualitative Aufwertung des Wohnbereiches erreicht werden.

Mit freundlichen Grüßen


Marina Hajjar
CDU-Fraktion


Helger Freitag
Fraktion B90/Die Grünen


Udo Schmidt
FDP-Fraktion